

- Inhalt: - Gemeinsam sind wir stark  
- Neuer (alter) Landesvorstand wurde gewählt  
- 40.000 Bürger haben sich zu „ihrem“ Amtsgericht bekannt  
- Umstrukturierung der Sozialen Dienste der Justiz (SDJ)  
- Kurz notiert  
- Alles dreht sich

### „Gemeinsam sind wir stark“



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

immer um die Weihnachtszeit verbreitet die Justizministerin Angst, Unruhe und Sorge unter ihre Bediensteten.

Es geht, wie auch im Vorjahr, um den Bestand der Gerichtsstandorte.

Dabei sollte sie als Dienstherrin eher Worte des Dankes und der Anerkennung an ihre fleißigen Beamtinnen und Beamten, an die zuverlässigen Angestellten und tatkräftigen Arbeiter in der Justiz finden, die nämlich tagtäglich und unter extremen Arbeitsbedingungen im direkten Konsens mit der Bevölkerung stehen.

Wir sind es, die sich vor den Bürgern persönlich dafür zu verantworten und zu entschuldigen haben, wenn Anträge auf Grund von Personalmangel, Arbeitsverdichtungen und damit Arbeitsüberlastungen in zeitlicher Verzögerung bearbeitet werden.



#### **Hanns Freiherr von Gumpenberg**

Ein Jahr ist nichts, wenn man´s verputzt,  
ein Jahr ist viel, wenn man es nutzt.  
Ein Jahr ist nichts, wenn man´s verflacht;  
ein Jahr war viel, wenn man es ganz durchdacht.  
Ein Jahr war viel, wenn man es ganz gelebt;  
In eigenem Sinn genossen und gestrebt.  
Das Jahr war nichts, bei aller Freude tot,  
das uns im Innern nicht ein Neues bot.  
Das Jahr war viel, in allem Leide reich,  
das uns getroffen mit des Geistes Streich.  
Ein leeres Jahr war kurz, ein volles lang:  
Nur nach dem Vollen misst des Lebens Gang,  
ein leeres Jahr ist Wahn, ein volles wahr.  
Sei jedem voll dies gute, neue Jahr.

Das Gegenteil aber ist der Fall.

Unsere Justizministerin, die der Landesregierung angehört, droht mit Reduzierungen der Gerichtsstandorte und mit der Zentralisierung der Grundbuchämter und damit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, dem Entzug des Weihnachtsgeldes für die Beamtinnen und Beamten und mit betriebsbedingten Kündigungen. Vorgeschoben für all diese Vorhaben wird die finanzielle Misere, in die uns diese Landesregierung erst gebracht hat.

Wie glaubwürdig ist diese Landesregierung und wie verlässlich sind ihre mit den Gewerkschaften geschlossenen Verträge? Worauf können wir uns verbindlich verlassen, wenn die Landesregierung öffentlich wortbrüchig geworden ist.

Zum ersten Mal nach der Wende hat die machtvolle Demonstration am 22. November 2006 in der Landeshauptstadt die Beschäftigten des öffentlichen

Dienstes unter Federführung aller Gewerkschaften vereint. Das war großartig und eindrucksvoll.



Geschlossenheit und solidarische Stärke haben auch die Justizbediensteten aller Dienststellen, die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunalvertreter, Rechtsanwalts- und Richterverbände bewiesen, als es um die gemeinsame Unterschriftenaktion zum Erhalt der insgesamt 8 Gerichtsstandorte im Lande ging. 40.000 Unterschriften wurden gesammelt, 40.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich für den Erhalt ihres Gerichts öffentlich bekannt. Ein überwältigendes Ergebnis!

Durch diesen Druck, initiiert durch den Vorstand der DJG, konnten bereits 3



Gerichtsstandorte „gerettet“ und die Justizministerin gezwungen werden, konkrete nachprüfbare Berechnungen vorzulegen, die gegen den Erhalt der übrigen Gerichte sprechen. Auch das ist ein großer Erfolg.

Unser Ringen um den Erhalt einer funktionierenden, bürgerfreundlichen Justiz und eines sicheren Arbeitsplatzstandortes für die Beschäftigten geht weiter!



Sachlich und kompetent werden wir auch künftig die Interessen der Beschäftigten aller Berufsgruppen in der Justiz vertreten. Wer noch Zweifel an der Mitgliedschaft in der DJG hat, sollte in der Erkenntnis der gemeinsamen Stärke den Weg zu uns finden, denn nur durch geschlossenes Auftreten können wir gemeinsame Ziele erreichen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen im Namen des gesamten Vorstandes der DJG ein angenehmes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2007.

„Gemeinsam sind wir stark“



### Neuer (alter) Landesvorstand wurde gewählt

Am 21. Oktober 2006 fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die **Landesvorsitzende Sabine Wenzel** erhielt einstimmig das Votum der Wähler, auch für die kommenden 4 Jahre als Landesvorsitzende der DJG die Aufgaben wahrzunehmen.

Ebenfalls erneut wurden in den **Landesvorstand Gudrun Häda, Manuela Schreiber, Andrea Müller, Sebastian Wille und Michel Manze** gewählt.

Mit diesem großartigen Wahlergebnis haben die Mitglieder zu erkennen gegeben, dass sie mit der Arbeit des ehemaligen Vorstandes einverstanden sind und sich die Fortsetzung dieser Politik und des Engagements des Vorstandes wünschen.

Die Landesvorsitzende dankte den Mitgliedern für die Honorierung der geleisteten und zukünftig erwarteten Arbeit, verwies aber darauf, dass nur im **gemeinsamen Handeln aller Justizbediensteten** die Stärke, Durchschlagkraft und Glaubwürdigkeit einer Gewerkschaft dokumentiert werden.

Hier nun die Aufgabenverteilung und die Erreichbarkeit der **Vorstandsmitglieder**:

Landesvorsitzende **Sabine Wenzel**



Tel.-Nr. priv. 033708-21366  
Handy: 0172 - 6752239  
dienstl. 0331 – 8663099

Stell. Vorsitzende **Andrea Müller**  
zuständig für den Rechtsschutz

Tel. Nr. 035322-32555

Stell. Vorsitzender **Sebastian Wille**  
Informationsversand an die Mitglieder,  
Gestaltung des Info-Blattes

Tel.-Nr. Handy: 0172 – 7536546

Stell. Vorsitzender **Michel Manze**  
Mitgliederbetreuung und Beschaffung

Tel - Nr. dienstl. 0355-6371348

Schatzmeisterin **Gudrun Häda**  
Schriftführerin **Manuela Schreiber**

Tel.-Nr. 03381-399262  
Tel. -Nr. 03334 – 204226

Als **Kassenprüfer** wurden gewählt:

**Marlen Rauser** (AG Bad Freienwalde) und **Detlef Kanzler** (LG Cottbus)

Als **Fachgruppen-Vertreter** arbeiten weiterhin mit:

**Kerstin Thäns** (OLG 03381 – 399187)

Tarifrecht

**Bernd Lehmann** und **Steffen Huth** (AG KW 03375- 2710)

Justizwachtmeister

**Barbara Langer** (LG Cottbus 0355-3815425)

Soziale Dienste

**Annemarie Jordan** (OLG 03381-399286)

Frauenbeauftragte

## 40.000 Bürger haben sich zu „ihrem“ Amtsgericht bekannt

Es ist kaum zu glauben, aber wahr.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben sich in den durchgeführten Unterschriftenaktionen klar und unmissverständlich zum Erhalt „ihres“ Amtsgerichts am jetzigen Standort bekannt.

Der Vorstand der DJG hatte in enger Zusammenarbeit mit dem gewählten Sprecherrat, dem Richter, Bürgermeister aus verschiedenen Städten, Rechtsanwälte und die Landesvorsitzende der DJG angehören, die Bürgerinnen und Bürger sowie alle Justizbediensteten unseres Landes gebeten, sich durch ihre Unterschrift solidarisch für den Erhalt der Amtsgerichte an den jetzigen Standorten einzusetzen. In unermüdlichen Aktivitäten haben sich Bürgerinnen und Bürger, Justizbedienstete und Gewerkschaftler an dieser Aktion beteiligt und insgesamt

40.000 Unterschriften eingesammelt und diese dem Staatssekretär der Staatskanzlei überreicht, nachdem sich der Ministerpräsident dafür für nicht zuständig erklärt hatte.

Was nicht nur viele Bürgerinnen und Bürger, sondern auch unsere Kolleginnen und Kollegen nicht für möglich hielten, nämlich dass durch diese Unterschriftenaktion landesweit Gerichte aus den Sparplänen fallen, ist geschehen.

**Für die Amtsgerichte Rathenow, Schwedt und Zehdenick hat sich der Aufwand gelohnt, ihr Standort bleibt erhalten.**

Für die **Amtsgerichte Bad Freienwalde, Eisenhüttenstadt und Guben ist die Zitterpartie noch nicht vorbei.** Die Justizministerin will bis März 2007 wirtschaftliche Gründe ermitteln, die für oder gegen den Erhalt dieser Amtsgerichte sprechen.

Das **Amtsgericht Zossen** soll – so sieht es jedenfalls das neuerliche Konzept vor – dem „Sparwillen“ der Landesregierung als **erstes Amtsgericht zum Opfer** fallen. Worin die Einsparung allerdings zu finden ist, bleibt offen.

Offiziell wird die Auflösung des AG Zossen als wirtschaftlich sinnvoll angesehen, da die in der Mittelfristigen Finanzplanung im Umfang von rund 5 Mio Euro vorgesehene Große Baumaßnahme in Zossen verzichtbar wird und die nach Aufgabe und Verwertung der Liegenschaft in Zossen einzusparenden

Bewirtschaftungskosten die anfallenden

Trennungsgelder/Umzugskostenvergütungen wesentlich übersteigen werden. Bis die Baumaßnahmen in KW und

Luckenwalde abgeschlossen sind, soll das AG Zossen erhalten bleiben.



Die Planung des Ministeriums sieht vor, dass in der Liegenschaft Wünsdorf die Grundbuchämter der Gerichte Zossen, Königs-Wusterhausen und Luckenwalde alsbald zusammengelegt werden, damit in einer Pilotierungsphase von 3 Jahren die Vorbereitung und Prüfung zur Errichtung eines **Zentralen Grundbuchamtes** erfolgen kann.

Sollte sich jedoch bereits vor Ablauf dieser 3 Jahre ein positives Ergebnis ergeben, wird die vorzeitige Erweiterung des Zentralen Grundbuchamtes angestrebt.

Im Klartext heißt dies:

### a) für das AG Zossen :

Die Aufteilung der Belegschaft und der Zuständigkeiten soll erfolgen, obwohl die Bausumme von 5 Mio. Euro nicht anfällt. Diese wäre möglicherweise dann entstanden, wenn das Grundbuchamt, das bereits in die Liegenschaft nach Wünsdorf ausgegliedert wurde, wieder in das Gebäude nach Zossen zurückkehren würde. Dies ist jedoch nicht beabsichtigt. Also entstehen diese Baukosten nicht. Mit der Ausgliederung von Zossen nach KW und Luckenwalde kommen allerdings erhebliche Baumehrkosten auf die Amtsgerichte KW und Luckenwalde zu. Diese sind weder ausgewiesen noch nachgewiesen. Selbst die Nachnutzerschaft des Gebäudes ist zweifelhaft.

Der Innenminister beabsichtigt nämlich ebenfalls die Schließung der Polizeiwache in Zossen. Die innere Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Zuständigkeitsbereich Zossen, zu denen auch wir Justizbedienstete gehören, wird aufs Äußerste strapaziert und aufs Spiel gesetzt.

b) für die AG´e Bad Freienwalde, Eisenhüttenstadt und Guben sowie das Arbeitsgericht Senftenberg:

Die Ungewissheit über die Zukunft der Amtsgerichte geht weiter Die Auflistung der wirtschaftlichen Argumente, die gegen einen Zusammenschluß mit den in Aussicht stehenden Amtsgerichten begründen, sind penibel zusammenzutragen und der DJG für die weiteren Diskussionen zur Verfügung zu stellen

**(Bad Freienwalde in Eberswalde, Eisenhüttenstadt in Frankfurt (Oder), Guben in Cottbus, Arbeitsgericht Senftenberg in Cottbus)**

c) für das Zentrale Grundbuchamt:

Dieses Vorhaben ist nicht aufgegeben.

Vielmehr will die Justizministerin mit Hilfe der Pilotierung die Entscheidung durch das Parlament umgehen und die Aktivitäten der Gewerkschaften dämmen. Gegen eine Pilotierung kann nicht wirklich vorgegangen werden. Der lautlose Schritt zum Zentralen Grundbuchamt wird damit jedoch vorbereitet. Die Grundbuchämter aller Gerichte werden betroffen, vorrangig diejenigen, für die Anmietungen finanziert werden müssen, falls die Wirtschaftlichkeit der Zentralisierung festgeschrieben wird.

Generelle Argumente gegen die Zentralisierung sollten demzufolge von allen Grundbuchämtern aufgelistet werden. Schwerpunkt bilden dabei die Anzahl und Häufigkeit der notwendigen persönlichen Einsichten der Notare bzw. deren Gehilfen in die Grundakten.

400000

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft wird nicht nachlassen, die sachgerechten Argumente gegen die unsinnigen Arbeitsverschlechterungen unserer Bediensteten und die Verschlechterung der Rechtssicherheit unserer Bürger vorzutragen. Wir werden nicht müde, unsere Stimmen zu erheben u. a. im Rechtsausschuss des Landtages, persönlich bei den Abgeordneten der Fraktionen, in öffentlichen Diskussionen, in den Medien und natürlich bei den Verantwortlichen selbst.

**Beteiligt Euch an unseren Aktionen, auch wenn Ihr scheinbar nicht betroffen seid!**

### Umstrukturierung der Sozialen

Am 17.11.2006 wurden die Vertreter der DJG Frau Langer und Herr Kanzler zu einer Diskussionsrunde in das Ministerium der Justiz von Herrn Koldehoff eingeladen.

Weitere Teilnehmer der Runde waren Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Sozialen Dienste der Justiz, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bewährungshelfer/innen (ADB) und die Sprecher der vier Dienststellen der Landgerichte vom Land Brandenburg sowie Vertreter der Personalräte. Herr Koldehoff erläuterte seine Ansicht, die Dienst- und Fachaufsicht über die SDJ beim OLG zusammen-



zuführen. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind die SDJ bezüglich der Fachaufsicht den zuständigen Strafrichtern in der Verwaltung den Landgerichten zugeordnet.

Es wurde festgestellt, dass das vorliegende Arbeitspapier noch sehr oberflächlich ist und die konkreten Aufgaben der einzelnen Leitungsebenen – Sozialarbeiter beim MdJ – Sachgebiet beim OLG und Koordinatoren (jetzige Dienststellensprecher) bei den Landgerichtsbezirken – noch sehr schwammig sind.

Durch die Mitwirkung der DJG wurde erreicht, dass

### Dienste der Justiz (SDJ)

nochmals eine kleine Arbeitsgruppe mit allen Vertretergruppen gebildet wird, welche bis März 2007 eine umsetzungsfähige Konzeption der Umstrukturierung gemeinsam mit dem MdJ erarbeitet.

Leider war Herr Koldehoff trotz Forderung der Mehrheit der Vertretergemeinschaft nicht bereit, in dieser Angelegenheit auch die große Chance abzuprüfen, die SDJ in eine effiziente und moderne Dienstleistungseinrichtung umzugestalten mittels Erarbeitung eines Leitbildes und Schaffung eines entsprechenden Gesetzes.

## Kurz notiert

In Auswertung der Demonstration vom 22.11.2006 haben sich am 28.11.2006 der dbb und der DGB getroffen, um das Gesetzgebungsverfahren bzgl. der Sonderzuwendungen zu begleiten. Es sollen weitere Medienauftritte folgen, verdeutlicht werden, was es heißt, einen „Dienst nach Vorschrift“ abzuleisten und Briefe an Abgeordnete geschrieben werden. Weitere Treffen werden folgen.

Für die Sozialgerichtsbarkeit Berlin – Brandenburg werden ehrenamtliche Richterinnen und Richter gesucht. Insbesondere für das Sozialgericht Potsdam, aber auch Cottbus, Frankfurt (Oder) und Neuruppin. Interessenten können sich beim dbb, Belehrtstr. 28 A, 14469 Potsdam melden unter Beifügung des auszufüllenden Personalbogens, der auf der homepage der DJG beim Landesverband Brandenburg heruntergeladen werden kann.

Was macht eigentlich so die Europäische Union? Wozu brauchen wir die EU? Gibt es eine EU Verfassung im Jahre 2009? Nach wie vor ist die Unkenntnis über die Thematik mit der EU sehr groß, obwohl die EU uns alle etwas angeht. Informationen und nützliche links gibt es unter [www.europarl.de](http://www.europarl.de)

### Alles dreht sich.....



Wer von Euch kann sich noch an die Radio-Sendung am Samstag im RIAS „Lord Knut“ erinnern?

Neben wirklich guter Musik brachte er auch immer einen tiefgründigen Kurzbeitrag zu Gehör, der mich meine Hausarbeit unterbrechen ließ und meine konzentrierte Aufmerksamkeit für einige Minuten bekam. So kann ich mich noch heute an das für mich eindrucksvolle Thema „Alles dreht sich“ erinnern, denn manches Mal hatte ich etwas verlegt, trotz intensiven Suchens nicht wiedergefunden und dann war es plötzlich wieder da. Seit diesem Beitrag lebe ich ruhiger, denn ich weiß nun, alles dreht sich und kommt irgendwann zurück.



Dass dem so ist, habe ich seit der Wende mehrfach erlebt.



So prägte früher der **„Kollektivgeist“** die tägliche Arbeit in den Gerichten (wir machen alles im Kollektiv – da geht nichts schief..), mitdenken war gefordert und erwünscht. Nach der Wende wurde unser Denken und Handeln auf die eigene Zuständigkeit nach dem Motto „bin **ich** zuständig“ geprägt, ausgerichtet und beschränkt. Inzwischen dürfen wir uns als **„Team“** wieder verantwortlich für das Große und Ganze fühlen und uns einbringen in die Arbeit der Gerichtsvielfalt.



Auch das **Neuererwesen** kehrt zurück. Nun nennen wir es **Vorschlagswesen**. Die Inhalte sind gleich, wir sollen wieder über die Aufgabenabläufe des Gerichts nachdenken und Vorschläge zur Verbesserung oder zur Entbehrlichkeit einzelner Handlungsweisen einbringen.

Inzwischen kennen wir auch wieder das Schiedsgericht.

Ich bin schon heute sehr gespannt darauf, was noch zurückkommt.

Bei Bedarf könnte ich einige Vorschläge unterbreiten - denn

**„alles dreht sich ....“**



Sabine Wenzel

